

Nach der Entscheidung des Verwaltungsgericht Schleswigs zeigt sich einer der eifrigsten Verfechter der Asbest(ver)schiebung, der Umweltdezernent Priebis, vollkommen uneinsichtig. In einem Interview mit dem NDR sagte Priebis:

„Ein Einspruch müsste innerhalb der kommenden zwei Wochen eingereicht werden und wäre nach Ansicht des Umweltdezernenten der Region Hannover, Axel, Priebis, nur konsequent. Er betonte: „Wir halten auch nach dem Entschluss an unserer Rechtsauffassung fest.“

Es ist nun das 2. Gericht, dass bei dem von Herrn Priebis favorisierten Transport in loser Schüttung auf über 8000 LKW Gefahren für Anwohner an der Transportstrecke und der Deponien sieht.

Die Rechtsauffassung von Herrn Priebis ist natürlich vollkommen irrelevant und ersetzt Gott sei dank keine richterlichen Entscheidungen. Herr Priebis scheint sich da in etwas verbissen zu haben, was weit über seine Pflichten als Umweltdezernent hinauszugehen scheint.

Herr Priebis lässt offenbar nur eine Meinung gelten und das ist seine eigene. Er stützt sich dabei auch immer wieder auf das sogenannte TÜV Gutachten. Dieses Gutachten wird von dem Aktionsbündnis gegen Asbest und auch von etlichen Experten als nicht aussagekräftig kritisiert. Unserer Meinung nach wurde nur das „TÜV-Siegel“ für die Unbedenklichkeit gebraucht. Das ganze Gutachten wurde ja erst in Auftrag gegeben, nachdem die Asbest(ver)schiebung öffentlich wurde und die ersten Bürgerproteste dagegen erfolgt waren. Hätte es die Öffentlichkeit und die Proteste nicht gegeben, wäre der gesamte Deal ohne TÜV und ohne Testfahrten still und heimlich über die Bühne gegangen.

Der TÜV Nord hatte einen Auftrag erhalten, 3 „Testfahrten“ von Wunstorf Luthé auf die Deponie Ihlberg mit Asbestfasermessungen zu begleiten. Selbst bei diesen Testfahrten wurden Faserkonzentrationen gemessen, die weit über der Hintergrundbelastung liegen. Und dies obgleich das Testmaterial nur aus dem Hangbereich der Fulgurithalde stammte. Selbst der TÜV sagte aus, dass dieses Material nicht repräsentativ sei und jede 10 Fahrt wieder beprobt werden müsste. Was aber nichts anderes bedeutet hätte, dass alle Anwohner zu Versuchskaninchen deklariert würden, da es schlicht zu spät ist, wenn es während dieser Fahrten zu noch höherer Freisetzung von Asbestfasern kommen sollte, denn diese wären nicht wieder rückholbar.

Hinzu kommt, dass es für Asbest keine Grenzwerte gibt. Dies bedeutet, dass theoretisch eine Asbestfaser ausreicht, um einen bösartigen Lungentumor auszulösen. Die längste wissenschaftlich bewiesene Zeitspanne von Exposition (Kontakt mit der Asbestfaser) und dem Ausbruch der Erkrankung liegt bei 61 Jahren.

Bei solchen Stoffen gilt ein Minimierungsgebot, an das sich auch die Region Hannover halten sollte.

Bedenklich daran ist, dass der Schutz der Bevölkerung geringer eingeschätzt wird als wirtschaftliche Interessen. Was passiert bei täglichen Sonderabfalltransporten und Deponierung, von denen die Öffentlichkeit nichts weiß?

Die Kontrollen reichen offenbar bei weitem nicht aus. Erinnern wir uns an die Veranstaltung der IAG (Ihlberg Abfallgesellschaft) in Selmsdorf, wo „unabhängige“ Experten in Selmsdorf die absolute Unbedenklichkeit der Transporte bestätigen. Alle behördlichen Kontrollen hatten keine Gefährdung festgestellt.

Gut, dass es unerschrockene und mutige Bürger in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern gibt, die sich in Bürgerinitiativen, Umweltverbänden und Gutachterbüros finden, die Mißstände aufdecken, anprangern und Gerichte anrufen. Das fundiert gemeinsam erarbeitete Fachwissen über dieses gesamte Geschäft des Asbesttransportes hat zu einem Umdenken der Verantwortlichen in Kiel und Schwerin geführt, wo in beiden Landesregierungen zunächst das wirtschaftliche Interesse im Vordergrund stand und die „BeGUTachtung“ durch die Region Hannover unkritisch übernommen worden war.



Umweltdezernent der Region Hannover Priebis bleibt in
Sachen Asbesttransporte uneinsichtig

Schön, dass auch Politiker lernfähig sind und dass Bürger gemeinsam doch etwas bewegen
und verändern können..